

freiheit

Ausgabe 05-06/19

das österreichische arbeitnehmerinnen- und arbeitnehmermagazin

Foto: adobestock.com



Schönen Sommer!



UNSER LAND IN **GUTER** HAND



Fraktion Christlicher
GewerkschafterInnen
in der



**GEWERKSCHAFT
ÖFFENTLICHER
DIENST**



göd.fcg

www.goedfcg.at



EDITORIAL

Liebe Leserin, lieber Leser der *freiheit!*

Endlich Urlaubszeit! Das ist der Gedanke von vielen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern in diesen Tagen. Der Sommer bietet oftmals die Gelegenheit durchzuatmen. Er ist die ruhigere Zeit des Jahres. Jedoch nicht so in der Politik. Die Ereignisse der vergangenen Wochen haben unsere politische Landschaft auf den Kopf gestellt. Plötzlich stehen Nationalratswahlen vor der Türe, die man so gar nicht erwartet hat. Wahlen geben immer Anlass Bilanz zu ziehen. Und diese Bilanz kann sich sehen lassen. Tag für Tag haben Sebastian Kurz und das Team der neuen Volkspartei hart gearbeitet und die echte Veränderung für die Österreicherinnen und Österreicher eingeleitet, für die sie im Oktober 2017 gewählt worden sind. Hier ist viel Positives gelungen. Einen kurzen Überblick über die Errungenschaften finden Sie auf den **Seiten 11 und 12** zum Herausschneiden. Die Bilanz stimmt, das Fundament ist gelegt, doch nun gilt es den eingeschlagenen Weg fortzusetzen. Ein weiterer Schritt, den das Team der neuen Volkspartei initiiert hat, wird im Septemberplenum beschlossen werden: Ab 2020 werden Bezieherinnen und Bezieher niedriger Einkommen durch eine Senkung der Sozialversicherungsbeiträge massiv entlastet. Einfach und unbürokratisch werden die Sozialversicherungsbeiträge über die Arbeitnehmerveranlagung rückerstattet. Davon profitieren Arbeitnehmer mit bis zu 300 Euro pro Jahr und Pensionisten mit bis zu 200 Euro pro Jahr.

Wir wünschen Ihnen einen perfekten Start in den Sommer und viel Freude mit unserer neuen Ausgabe.

Mag. Nikola König-Weixelbraun
freiheit-Chefredakteurin



Foto: ÖVP/Sabine Klimpt

christoph.zarits@oeaab.com
www.facebook.com/zarits.christoph

Seit Veröffentlichung des Ibiza-Videos hat sich viel in unserem Land getan. Die Ereignisse haben sich überschlagen, es wurde viel berichtet und auch viele Unwahrheiten behauptet. Diese herausfordernde Situation wirft Fragen auf: Warum war es notwendig Neuwahlen auszurufen? Warum hat eine Rendi-Kickl-Koalition Sebastian Kurz das Misstrauen ausgesprochen?

IM PARLAMENT HAT ROT-BLAU BESTIMMT, IM SEPTEMBER WIRD DAS VOLK ENTSCHEIDEN

EIN GASTKOMMENTAR VON GENERALSEKRETÄR CHRISTOPH ZARITS

Nach dem Ibiza-Video war klar: Genug ist genug! Die Ideen des Machtmissbrauchs, der angedachte Umgang mit unserem Steuergeld und das Verständnis gegenüber der Medienlandschaft in unserem Land sind verwerflich. Das entspricht absolut nicht dem politischen Zugang der neuen Volkspartei, der Republik und den Menschen in unserem Land.

Zusätzlich zu dem besagten Video, kam noch die Tatsache, dass Herbert Kickl zu Zeiten des Entstehens des Videos, Generalsekretär und somit zuständig für die Finanzen war. Somit war für die neue Volkspartei klar, dass der Innenminister, der im Auftrag der Justiz hier ermitteln sollte, nicht mehr für eine weitere Zusammenarbeit in der Regierung tragbar war. Und auch in der Bevölkerung herrscht großes Unverständnis.

Was dann passierte, war reines politisches Kalkül. Fakt ist, dass es keine sachliche Begründung gibt, warum es zu diesem Rot-Blauen-Misstrauensantrag kam, und die ganze Regierung gehen musste. Selbst in den eigenen SPÖ-Reihen war man über die Vorgehensweise erstaunt. Und auch bei der Bevölkerung findet man großes Unverständnis dafür, dass eine Koalition aus SPÖ und FPÖ aus rein politischem Kalkül gehandelt hat.

Die inhaltliche Arbeit unserer Koalition mit der FPÖ war erfolgreich: Es ist genau das, was im Wahlkampf versprochen wurde, auch in der Regierungsarbeit umgesetzt worden. Wir haben es geschafft, die Schuldenpolitik zu beenden, die Steuerlast für arbeitende Menschen deutlich zu senken, und die illegale Migration nach Österreich massiv zu reduzieren.

Und diesen Weg wollen wir auch nach den Neuwahlen im Herbst weitergehen, das Fundament steht! Unser Ziel ist klar: Wir wollen für dieses Land arbeiten. Mit unserem politischen Kurs, aber ohne Einzelfälle, Zwischenfälle und sonstige Skandale. Nur wenn die neue Volkspartei nach den Wahlen als stärkste Kraft hervorgeht, kann unser Kurs der Veränderung konsequent fortgesetzt werden. Daher brauchen wir bei der Nationalratswahl Ihre Unterstützung: Für klare Verhältnisse und einen klaren Wahlauftrag!

Impressum

Herausgeber: Wiener Pressverein **Medieninhaber:** Wiener Pressverein (Vorstand Dir. Walter Mayr, Mag. Herbert Kullnig, Rudolf Habeler, Nicole Karlick)
Blattlinie: Christlich-soziale Arbeitnehmerpolitik **Redaktion:** Mag. Nikola König-Weixelbraun, Sabine Egerer, Irene Peer-Polzer, Mag. Elisabeth Halvax
Anzeigenverwaltung: Sabine Egerer, Lichtenfelsgasse 7, 1010 Wien, 01/40141-351, office@wienerpressverein.com **Layout:** Dipl.-Ing. Albrecht Oppitz
Herstellung: NP Druck Gesellschaft m.b.H., Gutenbergstraße 12, 3100 St. Pölten; Namentlich gezeichnete Artikel müssen sich nicht mit der Meinung der Redaktion decken.



Foto: steckadobe.com

Pflege: Eine Frage der Menschlichkeit

Die Menschen werden immer älter und damit wächst auch der Pflegebedarf. Die Politik muss Vorsorge treffen, um ein Altern in Würde zu ermöglichen und eine bestmögliche Versorgung für pflegebedürftige Menschen bieten zu können. Die Maßnahmen und Angebote müssen sich an den Bedürfnissen der Menschen orientieren. Pflege ist keine reine Versorgungsfrage, sondern eine Frage der Menschlichkeit. Die neue Volkspartei hat nun ein Pflegekonzept entwickelt, das eine nachhaltige Lösung dieser Frage bietet.

Dass die Pflege DIE soziale Frage des 21. Jahrhunderts ist, darüber sind sich Experten, Wissenschaftler und auch die Politiker seit Jahren einig. Und dennoch hat in den vergangenen Jahren der Mut gefehlt, die drängenden Probleme in diesem Bereich anzugehen, und eine nachhaltige Lösung auf den Tisch zu legen. Dabei wissen wir seit Langem, dass der demografische Wandel in den nächsten Jahren zu einem erhöhten Pflegebedarf führen wird.

Bereits in den vergangenen eineinhalb Jahren hat die Bundesregierung unter der Führung von Bundeskanzler Sebastian Kurz erste wichtige Schritte gesetzt, um die Lösung der Pflegeproblematik auf neue Beine zu stellen. Ein breiter Dialog zwischen Bund, Ländern und Gemeinden wurde gestartet, um ein Gesamtkonzept zu entwickeln. Dabei war wesentlich, nicht nur über die Kosten zu diskutieren, sondern eine nachhaltige Lösung in der Pflegefrage zu schaffen, da es eine Ver-

antwortung jenen Österreicherinnen und Österreichern gegenüber gibt, die pflegebedürftig geworden sind. Die neue Volkspartei hat auf Basis dieses Dialogs nun ein Sieben-Punkte-Konzept entwickelt, das die Eckpunkte der notwendigen Reformen in einer zukünftigen Regierung bildet.

1. Die „Pflege daheim“-Garantie

Das oberste Ziel ist, dass jeder Mensch, solange er das möchte, daheim betreut und gepflegt wird – das ist nicht nur das, was ökonomisch am sinnvollsten ist, sondern vor allem auch das, was die Menschen wollen: Prävention und Rehabilitation, aber auch mehr Information für den zu Pflegenden. Eine bessere Aufklärung für pflegende Angehörige soll es ermöglichen, möglichst lange ein selbstständiges Leben mit möglichst geringem Betreuungsaufwand führen zu können.

Das System des Pflegegeldes soll grundsätzlich überarbeitet werden. Es

soll ein neues System etabliert werden, das auf die Bedürfnisse und die individuelle Situation jeder und jedes Einzelnen in vorgegebenen „Betreuungssettings“ eingeht. Das „Betreuungssetting“ legt dann fest, in welcher Form die Betreuung erfolgen soll und wie mobile Pflege- und Betreuungsdienste zum Einsatz kommen oder ob eine stationäre Betreuung erforderlich ist.

Die bisherige Förderung der 24h-Betreuung soll in das System der „Betreuungssettings“ des Pflegegeldes Neu überführt werden. Zudem soll es möglich sein, dass es Betreuungssettings gibt, in denen eine 24h-Betreuungskraft zwei oder mehr Personen betreut.

Und zur Qualitätssicherung von Pflege und Betreuung soll ein bundesweit einheitlicher Kriterienkatalog für die Pflege zu Hause, mobile Dienste, teilstationäre und stationäre Einrichtungen entwickelt werden.

2. Unterstützung für pflegende Angehörige

Künftig soll es ein flächendeckendes Angebot an leistbarer Kurzzeitpflege, Tageszentren und modularartig kombinierbaren mobilen Diensten geben. Damit soll eine Auszeit von der Pflege für pflegende Angehörige leichter möglich werden. Die Betreuungsmöglichkeiten sollen vor allem auch an den Tagesrandzeiten ausgeweitet werden.

Im Bereich der Pflegekarenz soll es die Möglichkeit geben, diese in Anspruch nehmen zu können, auch wenn man nicht im gemeinsamen Haushalt lebt. Auch die Mitversicherung in der Krankenversicherung und Pensionsversicherung sollen ausgebaut werden, und die Beitragsgrundlage soll sich am letzten Gehalt orientieren.

Immer mehr Kinder und Jugendliche sind in die Pflege und Betreuung ihrer Eltern oder Großeltern eingebunden. Sie benötigen unsere besondere Unterstützung, um eine gute Ausbildung und die Betreuung ihrer Angehörigen in Einklang bringen zu können.

3. Altern in Würde bis zum Lebensende

Eine besondere Form der Pflege stellt die Palliativ- und Hospizpflege dar. Diese versucht, Menschen mit unheilbaren Krankheiten ein Lebensende in Würde und mit möglichst wenig Schmerzen zu ermöglichen. Es ist unsere gesellschaftliche Pflicht, den Menschen und ihren Angehörigen in dieser schwierigen Zeit eine unkomplizierte und unbürokratische Stütze zu bieten und diese besondere Form der Pflege ausreichend zu unterstützen. Daher ist es in diesem Bereich wesentlich, die Finanzierung, die bisher nur mittels eines zeitlich begrenzten Pflegefonds ermöglicht wurde, langfristig

zu sichern. Auch sollen in Zukunft bei der Einstufung für das Pflegegeld auch Demenzerkrankungen stärker berücksichtigt werden. Zudem ist ein stärkerer Ausbau von Palliativ-Abteilungen in stationären Einrichtungen geplant.

4. One-Stop-Shop für alle Anliegen rund um die Pflege

Derzeit gibt es für die unterschiedlichen Bereiche der Pflege unterschiedliche Ansprechpartner. In Zukunft sollen alle Informationen, Angebote und Behördenwege an einer Stelle, möglichst nahe bei den Menschen, auf Gemeinde- oder Bezirksebene gebündelt werden. Weiters soll durch eine Pflegehotline eine zentrale Servicestelle geschaffen werden, die jederzeit erreichbar ist und schnell und unbürokratisch die notwendigen Auskünfte erteilt.

5. Ausreichend Pflegefachkräfte in der Zukunft

Gut ausgebildete Fachkräfte sind ein wesentlicher Faktor für ein gut funktionierendes Pflegesystem. Damit in Zukunft ausreichend und vor allem qualifiziertes Personal zur Verfügung steht, müssen bestehende Ausbildungsmöglichkeiten evaluiert bzw. gestärkt und neue Ausbildungsformen geschaffen werden. Dazu gehören eine neue Pflegelehre und/oder eine praxisorientierte Ausbildung an BMS oder BHS um die Lücke zwischen Pflichtschulabschluss und Beginn der Pflegeausbildung zu schließen.

Zusätzlich müssen Angebote geschaffen werden, die jenen Personen, die durch ihre Erfahrungen mit der Pflege eines Angehörigen Interesse an Pflegeberufen bekommen haben, einen Einstieg in eine Ausbildung erleichtern. Auch beim beruflichen Wiedereinstieg soll das Ergreifen eines Pflegeberufs erleichtert werden bzw. eine Möglich-

keit geboten werden das zuvor erworbene Wissen aufzufrischen.

6. Innovation im Pflegebereich

Die Digitalisierung ist aus unserem täglichen Leben nicht mehr wegzudenken. Bislang werden aber moderne Technologien im Arbeitsalltag von Pflegenden oder im Umfeld von zu Pflegenden kaum genutzt. Hier gilt es, moderne Technologien wie z.B. moderne technische Assistenzsysteme oder auch eine Pflege-App bzw. Plattform für umfassende Übersicht sämtlicher Informationen zu etablieren, um den Alltag der Pflegebedürftigen, aber auch von deren Angehörigen sicherer und angenehmer zu gestalten.

7. Langfristige und nachhaltige Finanzierung

Wir versichern im Sozialversicherungssystem die Grundrisiken des Lebens: Krankheit, Alter, Unfälle und Arbeitslosigkeit. Pflegebedürftigkeit ist mittlerweile zu einem Grundrisiko des Lebens geworden. Daher soll eine fünfte Säule der Sozialversicherung etabliert werden. Die AUVA als Bundesträger der Unfallversicherung soll zu einer AUPVA (Allgemeinen Unfall- und Pflegeversicherungsanstalt) weiterentwickelt werden und ist in Zukunft auf Bundesebene für alle Themen rund um die Pflege verantwortlich. Wir haben das große Glück, dass Unfälle am Arbeitsplatz immer seltener werden, weil sich die Arbeitswelt verändert und immer sicherer wird. Waren es 1980 noch 225.000 Unfälle in der Unfallversicherung, ist diese Zahl 1990 auf 210.000 Fälle zurückgegangen und liegt in den vergangenen Jahren bei nur mehr 120.000 Fällen pro Jahr. Diese frei werdenden Mittel können neben den bereits jetzt zur Verfügung stehenden Mitteln zur Abdeckung der steigenden Kosten der Pflege beitragen.



Foto: ÖAAB/Sabine Klimpt

Frauen stärken. Frauen sichtbar machen: Das neue Team der ARGE Frauen im ÖAAB (v.l.n.r): Monika Gabriel, Michaela Schneidhofer, Gertraud Salzmann und Petra Rührnschopf (nicht im Bild die Stellvertreterinnen Angelika Kuss-Bergner, Cornelia Pöttinger und Eva Schmidinger – diese waren leider terminlich verhindert)

Gertraud Salzmann ist die neue Bundesvorsitzende der ÖAAB-Frauen

Im Rahmen der Bundeskonferenz der Arbeitsgemeinschaft Frauen im ÖAAB wurde Mitte Juni Gertraud Salzmann mit 96,4 Prozent der Delegiertenstimmen zur neuen Bundesvorsitzenden gewählt. Ihre Stellvertreterinnen Monika Gabriel, Angelika Kuss-Bergner, Cornelia Pöttinger, Petra Rührnschopf, Eva Schmidinger und Michaela Schneidhofer wurden ebenso mit großen Mehrheiten gewählt.

Unter dem Motto „Frauen stärken. Frauen sichtbar machen.“ fand Mitte Juni die Bundeskonferenz der ARGE Frauen im ÖAAB im Johann-Gassner-Haus im 8. Wiener Gemeindebezirk, der Geburtsstätte des ÖAAB, statt. Die Salzburger Pädagogin und Juristin Abg.z.NR Gertraud

Salzmann wurde mit großer Mehrheit zur neuen Bundesvorsitzenden der ÖAAB-Frauen gewählt. Sie folgt damit der Tiroler Landtagspräsidentin BR a.D. Sonja Ledl-Rossmann nach, die sich nach fünf Jahren auf eigenen Wunsch aus dieser Funktion verabschiedet hat.

Zahlreiche Ehrengäste ließen es sich nicht nehmen, auch bei hochsommerlichen Temperaturen, persönlich dabei zu sein. Neben der Bundesobmann-Stellvertreterin und Steirischen Klubobfrau Barbara Riener, die Grußworte von Bundesobmann August Wöginger übermittelte, und



Trotz der hochsommerlichen Temperaturen folgten zahlreiche Gäste aus allen Bundesländern der Einladung der ÖAAB Frauen nach Wien, um bei der Bundesfrauenkonferenz teilzunehmen.



Grußworte des Bundesobmanns August Wöginger, der leider terminlich verhindert war, übermittelte die Steirische Klubobfrau und Bundesobmann-Stellvertreterin Barbara Riener. Sie schwor auch die Anwesenden auf die Nationalratswahl im Herbst ein.



Die Wahlkommission überwachte die ordnungsgemäße Durchführung der Wahlen und Barbara Riener als Vorsitzende der Wahlkommission konnte dann ein beeindruckendes Ergebnis präsentieren.

Fotos: ÖAAB/Sabine Klimpt

der Bundesleiterin der ÖVP-Frauen BM a.D. Juliane Bogner-Strauß konnte der ÖAAB-Generalsekretär Christoph Zarits die FCG-Bundesfrauenvorsitzende Monika Gabriel, StS a.D. Christine Marek und die Tiroler Landtagspräsidentin Sonja Ledl-Rossmann, die ihre Funktion als Bundesfrauenvorsitzende an diesem Tag an ihre Nachfolgerin Gertraud Salzmann übergeben hat, begrüßen.

Im Mittelpunkt der Konferenz standen die Gleichberechtigung von Frauen und Männern, die Bildung und die Vereinbarkeit von Beruf und Familie. „Frauenpolitik ist mehr als Familienpolitik, und Frauenpolitik hat nach wie vor eine eigenständige Bedeutung: nämlich Gesellschaftspolitik. Nach wie vor werden Frauen im Arbeitsleben benachteiligt, erhalten nicht den gleichen Lohn für gleiche Arbeit. Die Gleichstellung von Frauen und Männern ist daher eine der zentralen Herausforderungen, um unser Land zukunftsfähig und

gerecht zu gestalten“, betonte die neue Bundesvorsitzende Gertraud Salzmann bei der Präsentation des Leitanspruchs der ÖAAB-Frauen.

„Unser Ziel ist es, für Frauen und Männer, für Mädchen und Burschen die gleichen Chancen zu schaffen, Benachteiligungen in allen Bereichen abzubauen, und die Rollenbilder in den Köpfen der Menschen zu verändern. Wir stehen für eine Gleichstellungspolitik, die die Chancen von Frauen und Männern gleichermaßen im Blick hat. Dazu gehören gleiche Berufschancen und Aufstiegsmöglichkeiten im Erwerbsleben, die Aufwertung des Familienlebens, die bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf und die Partnerschaftlichkeit zwischen den Geschlechtern. Ich freue mich auf diese neue Herausforderung und bin glücklich, ein so starkes und engagiertes Team um mich zu haben“, betont die neue Bundesfrauenvorsitzende nach der Wahl in ihren Schlussworten.

Zu ihren Stellvertreterinnen wurden die FCG-Bundesfrauenvorsitzende Monika Gabriel, die Landesobfrau des Kärntner ÖAAB Angelika Kuss-Bergner, die Betriebsratsvorsitzende der OÖ. Hilfswerk GmbH Cornelia Pöttinger, die Vorarlberger Kammerrätin Petra Rührnschopf, die Bürgermeisterin aus Pernegg Eva Schmidinger und die Vizebürgermeisterin aus Hernstein Michaela Schneidhofer mit großer Mehrheit gewählt.

ÖAAB-Bundesobmann August Wöginger und ÖAAB-Generalsekretär Christoph Zarits waren die ersten Gratulanten: „Mit Gertraud Salzmann haben die österreichischen Arbeitnehmerinnen eine starke Stimme. Als Pädagogin, Juristin und in ihrer Funktion als Nationalratsabgeordnete hat sie bereits bewiesen, dass sie sich mit vollem Engagement und Durchsetzungskraft für die Anliegen von Frauen einsetzt. Wir wünschen ihr für diese neue Herausforderung viel Erfolg und freuen uns auf die Zusammenarbeit.“



Die Bundesleiterin der ÖVP-Frauen und BM a.D. Juliane Bogner-Strauß skizzierte die Vorhaben der ÖVP-Frauen in den kommenden Jahren und unterstrich die Wichtigkeit von Frauensolidarität.



Zu Ehrenvorsitzenden der ARGE Frauen im ÖAAB wurden die beiden ehemaligen Bundesfrauenvorsitzenden Sonja Ledl-Rossmann und Christine Marek ernannt.



Die leidenschaftliche Radfahrerin Sonja Ledl-Rossmann erhielt zu ihrem Abschied als Bundesfrauenvorsitzende eine Mini-Fahradpumpe, damit „ihr niemals die Luft ausgeht“, so die neugewählte Bundesfrauenvorsitzende bei der Übergabe.



Foto: ÖAAB/Sabine Klimpt

Die neue Bundesvorsitzende der ARGE Frauen im ÖAAB, Gertraud Salzmann, im *freiheit*-Interview:

Gleichberechtigung mutig und konsequent einfordern

Seit Mitte Juni ist die Pädagogin, Juristin und Nationalratsabgeordnete Gertraud Salzmann die neue Bundesvorsitzende der Arbeitsgemeinschaft Frauen im ÖAAB. Sie übernimmt diese Funktion von Sonja Ledl-Rossmann. Mit der *freiheit* hat sie über ihre Pläne und ihre wichtigsten Vorhaben gesprochen.

***freiheit:* Welche Themenbereiche sind Ihnen in der Frauenpolitik besonders wichtig?**

Gertraud Salzmann: Es gibt viele Themen, die in der Frauenpolitik wichtig sind: Chancengerechtigkeit in der Berufsausbildung, die Lohnschere, gleichberechtigte Aufstiegsmöglichkeiten in den Unternehmen und Institutionen, Verbesserung der Kinderbetreuung, Anrechnung der familiären Betreuungszeiten (Kinder, Pflege), planbare Arbeitszeiten und die Pensionsschere, um nur einige zu nennen. Mir ist es ein großes Anliegen, Frauen sichtbar zu machen und Frauen zu stärken, denn es gibt so viele tolle, engagierte und hoch qualifizierte Frauen, die einen großen Beitrag in unseren Familien, im Beruf und in unserer Gesellschaft leisten. Wir setzen uns dafür ein, die Mitwirkung von Frauen auf allen Entscheidungsbe-

nen in der Arbeitswelt, der Politik und Gesellschaft zu fördern.

***freiheit:* Sie sagen oft, dass Frauenpolitik mehr als Familienpolitik sei, sondern vielmehr Gesellschaftspolitik. Was genau meinen Sie damit?**

Salzmann: Frauen leisten meist in Doppel- oder gar Dreifachbelastung tagtäglich unglaublich viel, sie sind die tragenden Säulen unserer Familien. Deshalb stehen wir für die Aufwertung des Familienlebens und die bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf, aber auch für gleiche Berufschancen und Aufstiegsmöglichkeiten im Erwerbsleben. Wir wollen eine Gleichstellungspolitik, die sowohl die Chancen von Frauen als auch der Männer im Blick hat, denn die Partnerschaftlichkeit zwischen den Geschlechtern ist uns enorm wichtig. Und eines ist klar: Gleichberechtigung wird in der

Familie gelernt! Ziel muss es sein, für Frauen und Männer, für Mädchen und Burschen die gleichen Chancen zu schaffen, Benachteiligungen in allen Bereichen abzubauen, und die Rollenbilder in den Köpfen der Menschen zu verändern.

***freiheit:* Die Bundesfrauenkonferenz stand unter dem Motto ‚Frauen stärken. Frauen sichtbar machen.‘ Welche Maßnahmen müssen gesetzt werden, um für eine bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie zu sorgen?**

Salzmann: Frauen sind heute besser ausgebildet als je zuvor. Daher gilt es, ihr Potenzial entsprechend zu nutzen, und Frauen auf ihrem Berufsweg zu unterstützen und zu stärken. Die Kinderbetreuung muss bedarfsorientiert ausgebaut und auch in den Randzeiten angeboten werden. Wir wollen Unter-

nehmen sensibilisieren, eine bessere Planbarkeit der Arbeitszeiten zu ermöglichen. Teilzeitarbeit kann für viele Frauen eine Form von Erwerbstätigkeit sein, die für eine Lebensphase passend ist. Wichtig ist aber, dass ihnen auch die finanziellen und pensionswirksamen Folgen bewusst sind. Die Verankerung des Papamonats ist für uns ein Schritt, um Männer zu motivieren, eine der schönsten Familienzeiten intensiver mit ihrem Kind zu verbringen. Wir sind überzeugt, dass mehr Frauen in der Wirtschaft – vor allem auch in leitenden Funktionen – ein absoluter Erfolgsfaktor sind. Es braucht auch betriebliche Förderprogramme, die Frauen Optionen aufzeigen, sei es im Bereich der Weiterentwicklung, als auch für den Wiedereinstieg nach der Babypause.

freiheit: Wäre eine Frauenquote z.B. in Aufsichtsräten sinnvoll?

Salzmann: In 30 Jahren Berufserfahrung muss ich leider feststellen, dass die Gleichberechtigung nur langsam voranschreitet. In vielen Bereichen

sind immer noch weit mehr Männer im mittleren Management und in Führungspositionen tätig. Die Gründe dafür sind zwar multifaktorell, Quoten würden die Hereinnahme von mehr Frauen in führende Positionen in der Arbeitswelt sowie in der Politik fördern und schneller ermöglichen. Die Volkspartei hat mit der Einführung des Reißverschlussprinzips bereits einen wichtigen Schritt gesetzt – aber wir sind noch nicht am Ziel.

freiheit: Als Pädagogin, Juristin, Nationalratsabgeordnete und Mutter sind Sie eine erfolgreiche Frau in einem männerdominierten Umfeld. Was sind Ihres Erachtens die unerlässlichen „Zutaten“, um beruflich zu reüssieren?

Salzmann: Seit vielen Jahren bin ich im Bildungsbereich tätig, der einen überwiegenden Frauenanteil hat. Trotzdem ist die deutliche Mehrheit der Führungsfunktionen durch Männer besetzt. Das und viele andere Beispiele zeigen mir: Frauen sind zwar fachlich sehr gut qualifiziert, trau-

en sich aber oft zu wenig zu oder es fehlt ihnen der Mut, den Schritt in die nächste berufliche Ebene oder auch in die Politik zu machen. Es liegt an uns, persönlich die Initiative zu beruflichen Möglichkeiten zu ergreifen – wenn sich Optionen bieten, sollten wir Frauen viel öfter einfach JA sagen. Ich bin überzeugt davon, dass wir nicht darauf warten dürfen, bis Männer von sich aus freiwillig Platz machen, sondern die Gleichberechtigung mutig und konsequent einfordern müssen.

freiheit: Frau Salzmann, wie würden Sie sich in drei Eigenschaftsworten als Mensch beschreiben?

Salzmann: wertschätzend, konsensorientiert, klar

freiheit: Und als Politikerin?

Salzmann: engagiert, zielorientiert, sachbezogen

FREIHEIT | ZUR PERSON

Die Salzburgerin MMMag. Gertraud Salzmann ist Pädagogin, Juristin und Nationalratsabgeordnete. Nach der Schule begann sie 1983 an der Universität Salzburg das Lehramtsstudium Religionspädagogik und das Diplomstudium Fachtheologie und schloss beide Studien 1989 ab. Danach absolvierte sie das Lehramtsstudium Geschichte. Von 2009–2013 studierte sie Rechtswissenschaften an der Universität

Linz. Gertraud Salzmann ist als Pädagogin in Höheren Schulen und als Juristin mit den Schwerpunkten Arbeitsrecht, Schulrecht und öffentlicher Dienst tätig. Mit ihrer beruflichen Erfahrung als Pädagogin und Juristin in zahlreichen Schularten ist Gertraud Salzmann als Praktikerin und Kennerin der bildungspolitischen Themen im Nationalrat vor allem für Bildungsfragen zuständig und engagiert sich auch im Aus-



Foto: ÖVP-Klub/Sabine Klimpt

schuss für Justiz und Tourismus. Salzmann hat zwei erwachsene Kinder und lebt mit ihrem Mann in Saalfelden.



Foto: Parlamentsdirektion/Johannes Zimmer

Viel Positives für die arbeitenden Menschen

Die Nationalratssitzung Anfang Juli hat Dank des Spiels der freien Kräfte einige Verbesserungen für Österreichs Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer gebracht. Aufgrund von ungewöhnlichen Koalitionen wurde langjährigen Forderungen zugestimmt, die vermutlich nicht so schnell umgesetzt worden wären. Die Einführung einer erhöhten Mindestpension, die gesetzliche Anrechnung von Karenzzeiten und ein Bonussystem für Betriebe, die Freiwillige beschäftigen, sind nun auf Schiene gebracht worden.

Das freie Spiel der Kräfte im Parlament bis zur Neuwahl im September gibt den Nationalratsabgeordneten nun die Möglichkeit, so manche politische Forderung rascher durchzusetzen als unter „normalen“ Bedingungen. So wird nun wesentliche Forderungen und Anliegen der arbeitenden Bevölkerung entsprochen.

Erhöhung der Mindestpension

Wer sein Leben lang hart gearbeitet hat, muss im Alter finanziell abgesichert sein. Deswegen hat sich der ÖAAB immer für ein Modell eingesetzt, das jenen Menschen, die jahrzehntelang Beiträge für unsere Gemeinschaft geleistet haben, soziale Sicherheit garantiert. Mit dem neuen Modell zur Erhöhung der Mindestpension erhalten Menschen mit 40 Beitragsjahren 1.200 Euro netto, jene mit 30 Beitragsjahren 1.025 Euro und Ehepaare bei 40 Beitragsjahren in Zukunft eine Mindestpension von bis zu 1.500 Euro netto. Angerechnet werden zwölf Monate Präsenz- bzw. Zivildienst sowie bis zu fünf Jahre Kindererziehungszeiten.

Gesetzliche Anrechnung von bis zu 24 Monaten Karenzzeiten

Eine wesentliche Maßnahme zum

Schließen der Einkommensschere wird nun umgesetzt. Wie der ÖAAB bereits seit Jahren gefordert hat, werden künftig Karenzzeiten bis zu 24 Monaten wie Arbeitszeiten bewertet werden. In vielen Kollektivverträgen wurden bereits bei der Anrechnung von Karenzzeiten wichtige Verbesserungen erreicht, jedoch noch nicht in allen. Somit war es dringend notwendig, hier eine gesetzliche Regelung zu finden. Frauen mit Kindern hatten bis jetzt einige Nachteile, wenn sie in Karenz sind: Niedrigere Löhne, weil sie weit langsamer im Gehaltsschema vorrücken als Männer, kleinere Pensionen und weniger Urlaub. Das wird nun geändert.

Bonussystem für Betriebe, die Freiwillige beschäftigen

Um das Ehrenamt zu stärken, wird es künftig ein Bonussystem für Unternehmen geben, die ehrenamtliche Mitarbeiter von Einsatzorganisationen bei Großschadensereignissen vom Dienst freistellen und das Gehalt freiwillig fortzahlen. Das Modell sieht vor, dass, sobald ein Großschadensereignis vorliegt, Unternehmer in der Privatwirtschaft ihre Mitarbeiter für freiwillige Arbeiten im Katastrophenfall freistellen können.

Die Mitarbeiter bekommen ihre Entgeltfortzahlung weiterhin. Die Unternehmer erhalten pro Tag und Mitarbeiter, der Freiwilligendienst leistet, 200 Euro – das sind acht Stunden zu je 25 Euro – als Pauschale rückvergütet. Ausgezahlt wird diese Einsatzprämie vom Katastrophenfonds. Der Bund soll den Ländern die Einsatzprämie im Rahmen des Katastrophenfonds abgelten.

Ausblick auf das September-Plenum: Die Senkung der Sozialversicherungsbeiträge

Nach der Einführung des Familienbonus Plus und der Reduzierung des Arbeitslosenversicherungsbeitrages wird im September-Plenum eine weitere Maßnahme beschlossen werden, die besonders die Bezieherinnen und Bezieher mit geringem Einkommen entlasten wird. Die Senkung der Sozialversicherungsbeiträge bringt Menschen mit niedrigem Verdienst im Schnitt bis zu 300 Euro mehr im Jahr. Auch Pensionistinnen und Pensionisten profitieren von dieser Maßnahme mit bis zu 200 Euro im Jahr. Ab dem Jahr 2020 werden die Sozialversicherungsbeiträge einfach und unbürokratisch über die Arbeitnehmerveranlagung rückerstattet.

Fit für die Welt von morgen –

Verbesserungen im Bildungsbereich

- ▶ Deutschförderklassen stellen sicher, dass alle Kinder der Unterrichtssprache Deutsch folgen können.
- ▶ Ziffernnoten in der Volksschule sorgen für präzisere Beurteilungen.
- ▶ Das Kopftuchverbot in Kindergärten und Volksschulen ist wesentlich, um Parallelschulen zu verhindern.
- ▶ Verpflichtender Ethikunterricht sorgt für die Vermittlung unserer Werte für Schülerinnen und Schüler ohne Bekenntnis oder die sich vom Religionsunterricht abgemeldet haben.

Mehr für die Patienten – Die Reform der Sozialversicherung

- ▶ In einer der größten Reformen der Zweiten Republik wird die Anzahl der SV-Träger von 21 auf fünf reduziert und es gibt künftig nur eine Österreichische Gesundheitskasse (ÖGK).
- ▶ So sparen wir in den nächsten Jahren eine Milliarde Euro und investieren dieses Geld in die Patientinnen und Patienten.

Durchgesetzt - Karenzzeiten wie Arbeitszeiten bewerten

- ▶ Männer verdienen in Österreich nach wie vor ca. 20 Prozent mehr als Frauen.
- ▶ Ein Grund dafür ist die Nichtanrechnung der Karenzzeiten bei Gehaltserhöhungen.
- ▶ Der ÖAAB hat erreicht, dass nun in fast allen Kollektivverträgen – zuletzt im Handels-KV – eine Anrechnung von bis zu 24 Monaten stattfindet.



Nur das Team der neuen Volkspartei garantiert, dass der eingeschlagene Weg der Veränderung für Österreich auch vollendet wird. Nur mit uns gibt es echte Veränderungen mit bewährter Stärke im Inneren und den besten Köpfen von außen!

Nur wir garantieren eine umfassende Steuerreform mit Hausverstand inklusive Tarifsenkung.



Foto: stock.adobe

Arbeiten für Österreich

Versprochen. Gehalten.

- ▶ Zentrale Wahlversprechen umgesetzt!
- ▶ Steuerlast der Familien gesenkt!
- ▶ Echte Veränderungen für die Menschen in unserem Land



Monate der intensiven **erfolgreichen Arbeit** liegen hinter uns. Tag für Tag hat das Team der neuen Volkspartei hart gearbeitet und echte Veränderungen für die Österreicherinnen und Österreicher eingeleitet.

Und hier ist viel gelungen. Es gilt Bilanz zu ziehen, Bilanz über **18 Monate Arbeit für Österreich**. Es hat ein Kurswechsel für unser Land stattgefunden, die Schuldenpolitik wurde nach 60 Jahren endlich beendet und mehr Mittel wurden für Familien, Bildung, Sicherheit und nicht zuletzt für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer aufgewendet.

Mit Tempo und Hausverstand wurden Maßnahmen gesetzt, die unser Ziel nach einem gelungenen Leben für jede Einzelne bzw. jeden Einzelnen ermöglichen. Diesen **Weg der Veränderung** wollen wir auch nach den Wahlen fortsetzen. Dazu brauchen wir klare Verhältnisse – mit einem klaren Wahlauftrag.

Ihr

August Wöginger

Christoph Zarits

ÖAAB-Bundesobmann ÖAAB-Generalsekretär

Versprochen. Gehalten.



Kräftiges Plus für Pensionistinnen und Pensionisten

- ▶ Seit 2011 lag die Erhöhung der Pensionen im Schnitt unter der Inflation. 2019 schaffen wir die stärkste Pensionserhöhung der vergangenen Jahre.
- ▶ Gestaffelte Erhöhung von 2,0 bis 2,6 Prozent für rund die Hälfte aller Pensionistinnen und Pensionisten.

Mehr Fairness und Gerechtigkeit – Indexierung der Familienbeihilfe

- ▶ Anpassung der Familienbeihilfe und des Kinderabsetzbetrages an das Preisniveau des jeweiligen Wohnstaates der Kinder.
- ▶ Die Indexierung bringt Einsparungen von über 100 Millionen Euro.

Für mehr Gerechtigkeit – Sozialhilfe NEU

- ▶ Die Reform der Mindestsicherung sorgt für mehr Gerechtigkeit im System und einheitliche Regelungen in ganz Österreich.
- ▶ Die Sozialhilfe NEU unterstützt die Beziehung dabei, am Arbeitsmarkt wieder Fuß zu fassen!
- ▶ Deutsch auf gewissem Niveau ist der Schlüssel zur vollen Mindestsicherung.
- ▶ Wir helfen Alleinerziehenden und Menschen mit Behinderung durch Zuschüsse.

Mehr Chancen für unsere Kinder und Jugendlichen

- ▶ Lehrlingsoffensive schafft 13 neue Berufsbilder für rund 2.000 Lehrlinge (z.B. E-Commerce-Kauffrau/mann oder Mediefachfrau/mann)
- ▶ Die Meisterprüfung wird mit dem Bachelorabschluss gleichgesetzt!

Entlastung für Familien – Einführung des Familienbonus Plus

- ▶ Seit Jänner erhalten Familien mit dem Familienbonus Plus einen Steuerbonus in Höhe von bis zu 1.500 Euro pro Kind und Jahr.
- ▶ Nicht weniger als 950.000 Familien und rund 1,6 Millionen Kinder profitieren von dieser Entlastung.

Entlastung der arbeitenden Menschen – Senkung des Arbeitslosenversicherungsbeitrags

- ▶ Seit 1. Juli 2018 bleiben 900.000 Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern nun durchschnittlich ca. 310 Euro pro Jahr mehr im Börserl.
- ▶ Die Sätze für den reduzierten Arbeitslosenversicherungsbeitrag (ALV) werden bis zu einem Einkommen von 1.948 Euro brutto mit 1 bzw. 2 Prozent angepasst:

Mehr Sicherheit für unser Land – Das Sicherheitspaket

- ▶ Verbesserung der Handlungsfähigkeit unserer Polizei: Stufenweise insgesamt 4.100 zusätzliche Polizistinnen und Polizisten auf der Straße.
- ▶ Digitale Sicherheitslücken werden geschlossen, so wie bei der Überwachung internetbasierter Kommunikation.





Klima- und Umweltschutz ernst nehmen

Der Schutz unseres Klimas und unserer Umwelt geht uns alle an. Unsere größten Errungenschaften bringen uns wenig, wenn wir dabei unseren Planeten und unsere Umwelt zerstören. Das ist eine der großen Herausforderungen unserer Generation: Wir müssen sicherstellen, dass unser Lebenswandel dem Klima und der Umwelt keinen irreversiblen Schaden zufügt.

Die Politische Akademie war Schauplatz der Präsentation des Klimaschutzpakets der neuen Volkspartei. Drei Kernbereiche umfasst die Klimaschutzstrategie:

100-prozentiger Umstieg auf erneuerbare Energie bis 2030, innovative Lösungen gegen den CO₂-Ausstoß im Verkehrs- und Gebäudebereich und eine Bewusstseins-schaffung bei den Bürgerinnen und Bürgern Österreichs.

Klimaschutz als Chefsache

Die alte Bundesregierung hat mit dem Nachhaltigkeitsministerium erstmals Energie und Umwelt in einem Ressort vereinigt. Ein eigenes Klimakabinett soll in Zukunft unter Leitung des Bundeskanzlers die Klimapolitik der Bundesregierung noch besser abstimmen. In enger Zusammenarbeit mit Wissenschaft, Wirtschaft und Zivilgesellschaft soll künftig eine großangelegte Innovationsoffensive das Thema Klimaschutz angegangen werden. Darüber hinaus müssen wir uns auf europäischer und internationaler Ebene dafür einsetzen, dass Klimaschutz überall zur politischen und gesellschaftlichen Priorität wird. Den Kampf gegen den Klimawandel können wir nur gemeinsam führen.

Denn der Schutz unserer Umwelt geht uns alle etwas an.

Reduktion des CO₂-Ausstoßes: Verkehr und Gebäude

Die Treibhausgasemissionen Österreichs sind zum Teil bereits europäisch geregelt. Die wichtigsten Bereiche in unserer eigenen Verantwortung sind daher Verkehr und Wohnen. Hier wollen wir ansetzen, um den CO₂-Ausstoß zu reduzieren. Nachhaltiger Individualverkehr, Ausbau eines flächendeckenden öffentlichen Verkehrsnetzes und energieeffiziente Gebäude sind dabei unsere Ziele.

Wasserstoffnation Nummer 1

Einer der größten Herausforderungen im Klimaschutz sind die Emissionen im Verkehr durch die Verbrennungsmotoren. Daher setzten wir auf alternative Treibstoffe, wie z.B. Wasserstoff, als saubere Lösung. Bis 2025 soll es daher flächendeckend Wasserstoff-Tankstellen in Österreich geben. Mit der Schaffung eines Wasserstoff-Zentrums sollen Experten im Bereich Wasserstoff angeworben, und innovative Unternehmen in diesen Bereich nach Österreich geholt werden.

100 Prozent Strom aus erneuerbarer Energie

Österreich ist schon jetzt ein Vorreiter in Sachen erneuerbarer Energie: Mehr als 80 Prozent des verbrauchten Stroms wird aus erneuerbaren Ressourcen erzeugt – der Großteil davon aus Wasserkraft. Wir haben uns gegen Atomstrom entschieden – das war auch gut so. Damit wir bis 2030 100 Prozent des Stroms aus erneuerbaren Ressourcen erzeugen können, liegt noch einiges vor uns. Durch Wind- und Sonnenkraft und das Ausloten weiterer Möglichkeiten bei der Wasserkraft wollen wir es bis 2030 das Ziel erreichen.

Weitere Maßnahmen

Die Aufstockung der Forschungsprämie mittels einer Steuergutschrift für Forschungsausgaben, wenn diese für klimarelevante Technologien sind, aber auch der Ausbau von Testregionen in der Energieversorgung zu intelligenten Netzwerken („Smart Grids“) oder der Einsatz sich in Wahrnehmung unserer globalen Verantwortung auf internationaler Ebene für CO₂-Zölle und die Besteuerung von Kerosin und Schiffsdiesel einzusetzen, sind weitere Maßnahmen um unser Ziel des Klimaschutzes zu erreichen.

ÖAAB-Mandatare und ihr „Lieblingsort in Österreich“

Karl Mahrer

Karl Mahrer hat über 40 Jahre Polizei-Erfahrung und war bis zu seinem Eintritt in den Nationalrat im Jahr 2017 Landespolizeivizepräsident in Wien. Folgerichtig hat er nun auch die Funktion des Bereichssprechers der neuen Volkspartei für Polizeiangelegenheiten übernommen. Gleichzeitig ist er Sicherheitssprecher der ÖVP Wien und darüber hinaus im Bundesvorstand des Österreichischen Seniorenbundes engagiert.

freiheit: Welcher ist Ihr Lieblingsort in Österreich und warum?

Besonders fasziniert mich die Vielfalt, die unser schönes Land zu bieten hat. Großstadt, Kleinstadt und ländliche Regionen liegen sehr nah beieinander und ich habe im Laufe der Zeit sehr viele – unglaublich schöne – Plätze in Österreich besucht. Als gelernter Wiener gibt es für mich jedoch einen Platz in der Stadt, den ich besonders schätze und der mir in hektischen Zeiten die Möglichkeit zur Einkehr und Stille bietet: den Wiener Stephansdom. Ich liebe die einzigartige Atmosphäre im Dom, vor allem in jenen Stunden, in denen er fast leer und still ist.

freiheit: Gibt es ein spezielles Erlebnis, das Sie besonders mit diesem Ort verbinden?

Der Stephansdom hat für mich auch eine ganz persönliche Bedeutung. Es ist jener Ort, an dem ich mit meiner



Foto: Lorenz Mayer

Karl Mahrer mit Dompfarrer Toni Faber

Frau Christine unseren 40. Hochzeitstag feiern durfte. Immer, wenn ich da bin, werde ich daran erinnert, wie viel Bedeutung für mich meine Familie hat, und es wird mir bewusst, dass es ein Privileg ist, über viele Jahre mit einem Menschen verheiratet zu sein, der auch in anspruchsvollen oder schwierigen Zeiten an meiner Seite ist.

freiheit: Haben Sie für unsere Leserinnen und Leser einen „Insider-Tipp“ für diesen Ort?

Für alle, die den Stephansdom nur von Kurzbesuchen kennen, empfehle ich eine Führung mit unserem Dompfarrer Toni Faber. Er kennt das Gotteshaus wie kein anderer und weiß so vieles zu erzählen, das man auch als Wiener nicht kennt.

freiheit: Was ist denn Ihr Lieblingsort außerhalb Österreichs und warum?

Immer wieder reise ich gerne nach Berlin – eine wundervolle Stadt, in der ich bei jedem Besuch neue spannende Plätze kennenlernen. Für mich ist der Gendarmenmarkt in Berlin ein Lieblingsplatz. Umrahmt von wundervollen historischen Gebäuden wie dem Konzerthaus oder dem Französischen Dom hat dieser Platz so viel zu bieten: Die Mischung aus vielfältiger Gastronomie, kulturellen Darbietungen und purer Urbanität macht diesen Ort für mich so einzigartig.

FREIHEIT | PARLAMENTARISMUS ERKLÄRT

Der (parlamentarische) Weg vom Misstrauensantrag zur Neuwahl

Nach dem Bekanntwerden des Ibiza-Videos hat Bundeskanzler Sebastian Kurz Neuwahlen ausgerufen. Innenminister Kickl wurde danach von Bundespräsident Alexander Van der Bellen des Amtes enthoben. Daraufhin hat die FPÖ die Koalition aufgekündigt, und statt der FPÖ-Minister wurden vier Übergangsminister angelobt.

Am 27. Mai 2019 wurde in der Sitzung des Nationalrates im Zuge der

Behandlung einer Dringlichen Anfrage an Bundeskanzler Kurz von der SPÖ ein Misstrauensantrag gegen die gesamte Bundesregierung eingebracht und durch SPÖ und FPÖ angenommen. Kanzler Kurz musste daher den Bundespräsidenten um Demission der gesamten Regierung ersuchen. Der Bundespräsident hat daraufhin für eine Übergangszeit den bisherigen Finanzminister Hartwig Löger zum Bundeskanzler bestellt und die Bundesminister so

lange in ihren Ämtern belassen, bis er mit Brigitte Bierlein eine geeignete Kandidatin für die Funktion der Bundeskanzlerin gefunden hatte. Diese wurde vom Bundespräsidenten angelobt und mit der Aufgabe betraut, eine neue, vorübergehende Bundesregierung auszuwählen. Diese Übergangsregierung hat zwar das Vertrauen des Parlaments, aber keinen politischen Anspruch, das heißt, es gibt kein abzuarbeitendes Regierungsprogramm.

Jahresbericht des Nationalrates im Zeichen von EU-Ratsvorsitz und Gedenkjahr 2018

Auf 130 Seiten präsentiert der Jahresbericht des Nationalrates die parlamentarische Arbeit des Jahres 2018. Das vergangene Jahr war geprägt vom 100. Geburtstag der Republik, aber auch vom Gedenken an die 80. Wiederkehr des „Anschlusses“ an das nationalsozialistische Deutschland. Österreich rückte mit der Übernahme des EU-Ratsvorsitzes im zweiten Halbjahr 2018 in den Mittelpunkt der Europäischen Union.

Im Vorwort des Berichts bekräftigt Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka sein Ziel, das Parlament als Ort für alle zu etablieren und die „Bürgerinnen und Bürger an der parlamentarischen Arbeit teilhaben zu lassen“. Zusätzlich verweist er mit Blick auf den „Anschluss“ darauf, wie rasch antidemokratische Tendenzen um sich greifen können und daher aus der Vergangenheit die Lehren für die Zukunft gezogen werden müssen.

Neben den umfangreichen Ausführungen zu diesen beiden thematischen Schwerpunkten werden unter



Foto: ÖVP-Klub/Angelika Hatheier

anderem auch die beiden Untersuchungsausschüsse, die Bilanz der Volksanwaltschaft und die Sanierung des historischen Parlamentsgebäudes beleuchtet.

Breiten Raum nehmen im Jahresbericht die zahlreichen internationalen Kontakte ein, die Nationalratspräsident Sobotka über Europa hinaus pflegt und die ihn zum Gastgeber hochrangiger Delegationen aus dem Ausland machen. Abgerundet wird der Bericht durch die Angebote für Kinder und Jugendliche, wie zum Beispiel die Demokratiewerkstatt oder das Jugendparlament.

Traditionsgemäß resümieren auch die Klubobleute der Parlamentsfraktionen das abgelaufene Jahr. ÖVP-Klubobmann August Wöginger: „Die Bilanz des Arbeitsjahres 2018 im Nationalrat kann sich sehen lassen. Wir haben 52 Plenarsitzungen abgehalten – davon sieben Sondersitzungen – und 153 Ausschusssitzungen absolviert. Als Klubobmann der stärksten Parlamentsfraktion mit unseren 61 Abgeordneten, 22 Bundesräten und fünf EU-Parlamentariern blicke ich mit Stolz auf das Jahr, das hinter uns liegt. Mit dem Doppelbudget 2018/2019 haben wir die Basis für ein Ende der Schuldenpolitik ohne neue Steuern gelegt und stellen mehr Mittel für Familien, Bildung und Sicherheit bereit. Es geht uns darum, die Österreicherinnen und Österreicher zu entlasten.“

Der Nationalrat hat dann am 27. Mai mit den Stimmen von vier Fraktionen die vorzeitige Beendigung der Gesetzgebungsperiode und damit vorgezogene Neuwahlen beschlossen. Durch einen rot-blauen Abänderungsantrag, der das Gesetz erst am 3. Juli in Kraft treten ließ, konnte die Bundesregierung nur mehr den 29. September 2019 als Wahltag festlegen.

Wahlen vom 29. September der Bundespräsident eine neue Bundesregierung ernennen kann, die sich auf eine Mehrheit im Nationalrat stützen kann. Das wird erst nach Regierungsverhandlungen der Fall sein.

Die derzeitige Bundesregierung bleibt so lange im Amt, bis nach den

Der Jahresbericht 2018 des Nationalrates ist in gedruckter Form erschienen und steht zum Download auf der Homepage des Parlaments zur Verfügung (www.parlament.gv.at).

Splitter aus dem Parlament

Karl Bader ist Bundesratspräsident

Mit 1. Juli 2019 hat der niederösterreichische ÖVP-Bundesrat Karl Bader für das zweite Halbjahr 2019 die Präsidentschaft in der Länder-



Foto: ÖVP-Klub/Sabine Klimpt

Für die Zeit der Präsidentschaft Baders (li.) hat Andrea Eder-Gitschthaler (re.), Bundesrätin aus Salzburg, den Fraktionsvorsitz übernommen.

kammer übernommen. Bader ist seit 1. Oktober 2018 Fraktionsvorsitzender der ÖVP-Bundesräte. Er ist Jahrgang 1960, stammt aus Lilienfeld und ist ausgebildeter Hauptschullehrer. Von 2003 bis 2008 hatte Bader erstmals ein Bundesratsmandat inne. Im April 2018 zog er – nach einer Unterbrechung – wieder in die Länderkammer ein. Davor war er zuletzt Abgeordneter zum NÖ Landtag und dort auch Klubobmann-Stellvertreter.

Pensionierung nach 46 Jahren ÖVP-Klub, 1.944 Nationalratssitzungen und zehn Klubobmännern

Nach unglaublichen 46 Jahren hat Liane Brandhuber ihren Schreibtisch im ÖVP-Parlamentsklub geräumt



Foto: ÖVP-Klub/Sabine Klimpt

Liane Brandhuber (re.) mit Klubdirektor Martin Falb (li.).

und ist in den Ruhestand getreten. Brandhuber war mit Ausnahme einiger Jahre immer Assistentin des jeweiligen Klubdirektors. Das ging vom legendären Kurt Bergmann über Werner Zögernitz bis zum aktuellen Direktor Martin Falb. „Von den 15 ÖVP-Klubobmännern der Zweiten Republik habe ich in meiner beruflichen Laufbahn zehn persönlich erlebt“, resümiert Brandhuber. Auf ihr berufliches „Konto“ gehen auch insgesamt 1.944 Nationalratssitzungen und 13 Nationalratswahlen. „Während meiner 46 Berufsjahre war die ÖVP 33 Jahre lang in der Regierung vertreten.“

Viel Personelles

Nicht nur politisch, sondern auch personell hat sich in den vergangenen Wochen im ÖVP-Parlamentsklub viel getan:



V.l.n.r.: Klubobmann August Wöginger, Lukas Brandweiner, Johann Rädler, Angela Fichtinger, Christian Stocker und Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka.

Erfreulich für die ÖAAB-Frauen: die Salzburger Nationalratsabgeordnete, Pädagogin und Juristin Gertraud Salzmann wurde neue Bundesvorsitzende der ARGE Frauen im ÖAAB. „Sie wird sich mit vollem Engagement und Durchsetzungsvermögen für die Anliegen von Frauen einsetzen“, freuen sich ÖAAB-Bundesobmann August Wöginger und ÖAAB-Generalsekretär Christoph Zarits.

Werner Amon, langgedienter steirischer ÖVP-Nationalratsabgeordneter

und starker Vertreter des ÖAAB, der als vielseitiger Politiker viele Sprecherfunktionen und zuletzt den Vorsitz im BVT-Untersuchungsausschuss innehatte, wurde vom Nationalrat zum neuen Volksanwalt bestellt und folgt auf den Platz der bisherigen Volksanwältin Gertrude Brinek. Amons Mandat im Nationalrat hat Daniela List aus Lebring übernommen – sie wurde in der Juli-Plenarsitzung angelobt.

Für die beiden ausgeschiedenen niederösterreichischen Mandatare Angela Fichtinger und Johann Rädler wurden der 30-jährige ÖVP-Politiker Lukas Brandweiner aus Groß Gerungs, der beim NÖAAB arbeitet, und der Wiener Neustädter Vizebürgermeister Christian Stocker angelobt.

Juliane Bogner-Strauß bei Europäischer Frauenunion

ÖVP-Frauen-Chefin und Bundesministerin a.D. Juliane Bogner-Strauß war im Juni zu Gast bei der Generalversammlung der European Union of



Foto: Winfried Barowski

V.l.n.r.: Wiener ÖVP-Bezirksrätin Christina Schlosser, ÖVP-Frauenchefin BM a.D. Juliane Bogner-Strauß und EUW-Präsidentin Margaret Hales.

Women (EUW) in Wien. „Ich schätze die Zusammenarbeit von Frauen auf nationaler, europäischer und internationaler Ebene. Vernetzung, Kooperation und Austausch sind wichtig, um die politische und gesellschaftliche Arbeit von Frauen voranzubringen.“

Die EUW ist die Dachorganisation der europäisch gesinnten, bürgerlichen, christlichen Frauen Europas. Sie wurde 1953 von der österreichischen Nationalratsabgeordneten Dr. Lola Solar gegründet. Derzeit ist mit Margaret Hales eine Britin internationale Präsidentin. Aktuell sind 17 Länder Mitglied der EUW. Die österreichische Sektion heißt European Union of Women Austria (EUWA). Deren Präsidentin ist die ehemalige Familienministerin Dr. Sonja Stiegelbauer (ehemals Moser-Starrach). Generalsekretärin ist Irene Peer-Polzer aus dem ÖVP-Parlamentsklub.

Eines der Themen der Konferenz war das Frauenwahlrecht, das in Österreich vor etwas mehr als 100 Jahren eingeführt wurde. „Ein Meilenstein für mehr Gleichberechtigung und Chancengleichheit. Doch um den gesellschaftlichen Wandel voranzutreiben, ist noch einiges zu tun – auch in der Politik.“ Die ÖVP hat sich daher für eine Novellierung des Klubfinanzierungsgesetzes eingesetzt und spricht sich für eine Frauenquote von 40 Prozent in den parlamentarischen Klubs aus – sonst sollen die Förderungen gekürzt werden. „Damit Frauen auch in politischen Gremien entsprechend ihrem Bevölkerungsanteil repräsentiert sind. Dies soll sich in Zukunft sowohl in der medialen Abbildung als auch bei den Redezeiten im Parlament widerspiegeln“, so Bogner-Strauß.

FC Nationalrat ist Europameister – „Cordoba“ für die Deutschen!

Das österreichische Parlament hat der Schweiz den Meistertitel abgenommen: Beim 47. Internationalen Parlamentarier-Fußball-Turnier in der Schweiz wurde der FC Nationalrat Europameister. Dem Unentschieden (1:1) gegen die Schweiz war ein 4:0-Kan-



Er hat den Zug zum Tor: Christoph Zarits beim 47. Internationalen Parlamentarier-Fußballturnier.

tersieg gegen Deutschland vorausgegangen sowie ein klares 3:1 gegen Finnland. In der österreichischen Mannschaft spielten u.a. die ÖVP-Abgeordneten Niki Berlakovich, Andreas Hanger, Klaus Lindinger, Fritz Ofenauer und Christoph Zarits. Torschützenkönig war der ehemalige ÖVP-Abgeordnete Rouven Ertlschweiger.

Kardinal-Opilio-Rossi-Medaille an Johannes Huber

Die „Kardinal-Opilio-Rossi-Medaille“ wurde in diesem Jahr an Univ.-Prof. Johannes Huber verliehen. ÖVP-Abg. Reinhold Lopatka richtete beim Festakt – den die Arbeitsgemeinschaft Katholischer Verbände in Österreich



Die „Kardinal-Opilio-Rossi-Medaille“ wurde in diesem Jahr an Univ.-Prof. DDR. Johannes Huber verliehen.

und der ÖVP-Parlamentsklub alljährlich ausrichten – persönliche Grüßworte an den Preisträger und dankte ihm für sein gesellschaftspolitisches Engagement und Lebenswerk. Huber

ist studierter Mediziner und Theologe, widmet sich dem Brückenschlag zwischen Wissenschaft und Glaube und plädiert dafür, beides nicht in Widerspruch zueinander zu sehen. Verliehen wird die 1985 ins Leben gerufene Medaille – die dem Kirchenmann und Apostolischen Nuntius in Österreich (1961 bis 1976) Kardinal Opilio Rossi gewidmet ist – an Laien, die herausragende Leistungen erbracht haben.

Baustellenrundgang

Einen Einblick in die Sanierungsarbeiten des Parlaments erhielten die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Parlamentsklubs bei einer Spezialführung. Bis Sommer 2021 wird das historische Gebäude am Ring generalsaniert. Während die Fassade – auch wenn sie von Bauzaun und



Die Umbauarbeiten im Parlament schreiten voran.

Gerüst größtenteils verdeckt wird – noch so aussieht wie immer, erwartete die Mitarbeiter beim Betreten des Parlaments ein Rohbau. Die Bodenbeläge wurden abgebaut, statt über Terrazzo oder Parkett geht man über mit Baustellenschutz, Staub und Kabel bedeckte Betonböden. Da die Wände zum Schutz mit Holzplatten abgedeckt wurden, erinnern derzeit nur die kunstvoll bemalten Decken an das prunkvolle Gebäude. Selbst die Arbeitsräume der Mitarbeiter waren beim Rundgang nur mehr schwer wiederzuerkennen.

The logo for 'iv' is displayed in white lowercase letters on a blue square background in the top right corner.

www.iv.at

A woman and a man are standing in front of an airplane at an airport. The woman is on the left, wearing a grey cardigan over a tan shirt, and is pointing towards the man. The man is on the right, wearing a grey sweater, and is holding a tablet. Both are looking towards the right with smiles. The background shows the tail and engine of a white airplane under a blue sky with light clouds.

Jöbchancen

Industrie 4.0

Wir bringen Österreicö weiter.

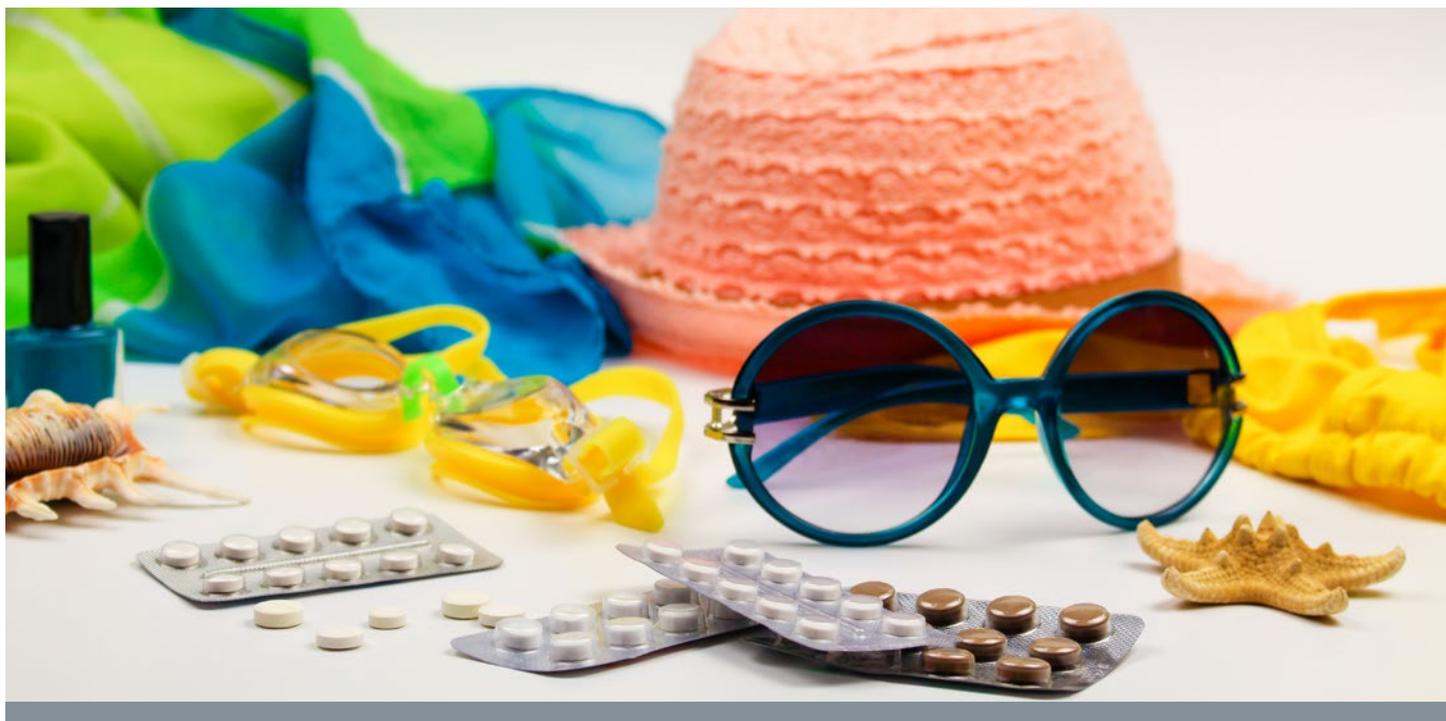


Foto: AdobeStock.com

Krank im Urlaub

Der Sommer ist da und damit die Urlaubszeit. Die Zeit für Erholung, Familie, Freunde und für sich selbst. Zeit, die Batterien wieder aufzuladen, um nach der wohlverdienten Pause wieder gestärkt ins Berufsleben zurückkehren zu können. Aber wer kennt es nicht: Kaum beginnt der Urlaub, wird man krank. Was dabei zu beachten ist, ob die Krankheitstage nun als Urlaub oder Krankenstand zählen, oder ob man Urlaubstage wieder retour bekommt, erfahren Sie hier!

39 Grad Fieber in Italien, eine Darmgrippe in Kroatien ... oft wird man gerade dann krank, wenn der lang ersehnte Urlaub da ist und die Anspannung nachlässt. Das ist sehr bedauerlich, aber unter bestimmten Voraussetzungen verliert man die Urlaubstage, an denen man krank ist, nicht.

Ihr Urlaub wird bei Krankheit unterbrochen, wenn:

- die Erkrankung länger als drei Kalendertage dauert,
- die Erkrankung nicht vorsätzlich oder grob fahrlässig herbeigeführt wurde,
- Sie Ihrem Arbeitgeber die Erkrankung spätestens nach drei Tagen mitteilen und
- bei Wiederantritt des Dienstes un- aufgefordert eine Krankenstands- bestätigung vorlegen.

Krankheit verlängert Urlaub nicht

Die krankheitsbedingte Unterbrechung verlängert Ihren Urlaub allerdings nicht. Sobald der vereinbarte Urlaub zu Ende ist oder Sie wieder gesund sind, müssen Sie sofort wieder arbeiten gehen. Die Tage, die Sie krank waren, werden zu Ihrem noch bestehenden Urlaubsguthaben dazugerechnet.

Sonderfall: Erkrankung im Ausland

Organisatorisch etwas aufwändiger ist ein Krankenstand während des Urlaubs im Ausland. Denn zusätzlich zur Krankmeldung vom Arzt benötigen Sie eine behördliche Bestätigung, dass diese von einem zugelassenen Arzt oder einer zugelassenen Ärztin ausgestellt wurde.

Diese Bestätigung entfällt, wenn Sie sich in einem öffentlichen Spital be-

handeln lassen. Bei einem Krankheitsfall oder Unfall im Ausland ist es daher empfehlenswert, eine Krankenanstalt aufzusuchen, da somit die behördliche Bestätigung entfällt. Die ausgestellte Krankmeldung müssen Sie anschließend bei Ihrer Krankenkasse genehmigen lassen.

Vorsicht: Im Gegensatz zur österreichischen Krankmeldung muss jene aus dem Ausland zusätzlich zu den für Österreich erforderlichen Angaben auch die Diagnose (Befund) beinhalten.

E-Card innerhalb der EU

Auf der Rückseite der E-Card befindet sich die Europäische Krankenversicherungskarte (EKVK). Im Falle eines Krankheitsfalls in der EU und einigen anderen europäischen Ländern muss diese im Rahmen einer Behandlung vorgezeigt werden. In al-

len anderen Ländern müssen Sie die Behandlungskosten zunächst vorstrecken (Rechnung verlangen!). Entstandene Kosten können Sie dann bei der heimischen Krankenkasse einreichen. Je nach Krankenkasse werden die Kosten bzw. ein Teil der Kosten ersetzt, die die gleiche Behandlung bei einem Vertragsarzt im Inland kosten würde. Für die Abdeckung der restlichen Kosten empfiehlt sich der Abschluss einer privaten Krankenversicherung vor Reiseantritt. Angeboten werden solche Services

beispielsweise von Autofahrerorganisationen (ARBÖ, ÖAMTC), Alpinvereinen (Naturfreunde, Alpenverein, ...) und Kreditkartenunternehmen. Eine Urlaubsrankenversicherung deckt auch eventuelle Selbstbehalte und einen Heimtransport bei Unfällen und schweren Erkrankungen ab.

Erkrankung vor Antritt des Urlaubs

Erkranken Sie vor dem Urlaub, ist mit dem Arbeitgeber abzuklären, ob Sie von der Urlaubsvereinbarung zurücktreten oder aber, beispielsweise bei

rechtzeitiger Genesung, direkt vom Krankenstand in den Urlaub wechseln. Ein Arbeitsantritt dazwischen ist nicht notwendig. Eine Erkrankung vor Urlaubsantritt berechtigt vor allem dann zum Rücktritt, wenn Sie über den Antrittstermin hinausreicht oder eine Vorbereitung des Urlaubs nicht zulässt. Für den Zeitpunkt der Erkrankung kommt es nicht auf den Moment an, in dem Sie sie wahrgenommen haben, sondern auf den vom Arzt festgestellten Zeitpunkt des Ausbruchs der Krankheit.

FREIHEIT | TIPP

Was tun, wenn das Fluggepäck verloren oder beschädigt wird?

Wenn das Gepäck nicht gleichzeitig mit Ihnen am Urlaubsort eintrifft, wenden Sie sich umgehend an den Lost-and-Found-Schalter am Flughafen, um die Verspätung oder die Beschädigung schriftlich anzuzeigen. Dort gibt es das Formular „Property Irregularity Report“ (PIR), das auszufüllen ist.

Tipp: Heben Sie sich davon unbedingt einen Durchschlag auf!

Wer zahlt die Mehrkosten?

Wenn Ihr Gepäck verspätet ist, haben Sie das Recht, sich vor Ort dringend benötigte Dinge, wie Toiletteartikel und notwendige Kleidung zu kaufen und der Fluglinie in Rechnung zu stellen. Bei den Ersatzeinkäufen sind Sie zur Schadensminderung verpflichtet, das bedeutet, Sie müssen die Ausgaben möglichst gering halten.

Häufig ersetzen Fluglinien Ersatzaufwendungen für Toilettenartikel zur Gänze, für Kleidung aber oft nur zu 50 Prozent, da Sie diese auch nach Eintreffen Ihres Gepäckstückes noch verwenden können. Wird

das Gepäck zu Hause verspätet ausgeliefert, sind in der Regel keine oder nur wenige Ersatzkäufe notwendig.

Tipp: Nehmen Sie wertvolle oder dringend benötigte Gegenstände lieber im Handgepäck mit!

Ansprüche verfallen nach drei Wochen

Die Verspätung des Gepäckstücks und die dadurch verursachten Kosten müssen Sie längstens binnen 21 Tagen, nachdem das Reisegepäck Ihnen wieder zur Verfügung gestellt wurde, bei der Fluglinie schriftlich melden. Ansonsten verlieren Sie Ihren Anspruch. Legen Sie Kopien von Ticket, Boardingpass, Gepäcksabschnitt, PIR und die Rechnungen Ihrem Schreiben an die Fluglinie bei.

Taucht das Reisegepäck nicht mehr auf, können Sie von der Fluggesellschaft Schadenersatz für den verlorenen Koffer sowie dessen Inhalt fordern, wobei Sie Anspruch auf den Zeitwert der verlorenen Gegenstände haben und den Inhalt glaubhaft

machen müssen. Wenn Sie noch Rechnungen von den abhanden gekommenen Dingen haben, legen Sie diese Ihrem Schreiben bei.

Beschädigungen innerhalb einer Woche melden

Bei beschädigtem Gepäck haben Sie Anspruch auf Ersatz der Reparaturkosten. Dieser Anspruch ist unverzüglich, spätestens innerhalb von sieben Tagen schriftlich geltend zu machen. Ist der Schaden irreparabel, können Sie Ersatz für den Zeitwert des Gepäckstückes fordern.

Haftungshöchstbetrag

Bei Gepäckschäden (Zerstörung, Beschädigung, Verlust) sowie im Falle der verspäteten Auslieferung des Gepäcks haftet die Fluglinie bis zu einem Höchstbetrag von derzeit rund 1.300 Euro.

Tipp: Meist beinhalten auch Reiseversicherungen und Kreditkarten einen Reisegepäckschutz etwa bei verspäteter Auslieferung am Urlaubsort oder bei Verlust oder Beschädigung.

Dokumentation der Veränderung

Eine wissenschaftliche Bestandsaufnahme über die Regierung Sebastian Kurz liefert das „Jahrbuch für Politik 2018“ der Politischen Akademie. In 48 Beiträgen setzen sich 55 Autorinnen und Autoren mit den politischen Veränderungen und den neuen Reformprojekten des Jahres 2018 auseinander.



Es ist das Standardwerk der österreichischen Zeitgeschichte – das jährlich erscheinende Jahrbuch für Politik, herausgegeben von Andreas Khol, Stefan Karner, Wolfgang Sobotka, Bettina Rausch, Günther Ofner und Dietmar Halper. Renommierte Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler analysieren darin das politische Jahr.



Foto: Philipp Liplarski

Die Herausgeber des Jahrbuchs mit der aktuellen Ausgabe (v.l.n.r.): Dietmar Halper, Andreas Khol, Bettina Rausch, Wolfgang Sobotka.

Seit 1977 dokumentiert die Politische Akademie jährlich das politische und volkswirtschaftliche Geschehen in Österreich. Überparteilich und sach-

lich werden hier komplexe politische Vorgänge analysiert und diskutiert. Meinungsbildner, Profis, Beobachter der politischen Szene, Journalisten und alle an der Politik Interessierten

werden seit über 40 Jahren mit Informationen über das politische Geschehen in Österreich und der Welt im „Österreichische Jahrbuch für Politik“ versorgt.

Österreichisches Jahrbuch für Politik

Herausgeber: Andreas Khol, Wolfgang Sobotka, Stefan Karner, Bettina Rausch, Günther Ofner, Dietmar Halper
Böhlau Verlag, 529 Seiten, 51 Euro
Info und Bestellung:

www.politische-akademie.at/jahrbuch

lang:wohnbau

www.lang-bau.at

Gebrüder Lang Bau GmbH
Steiner Landstrasse 86
3504 Krems / Stein
+43 (0)2732 / 71055
office.krems@lang-bau.at

lang:bau

Unterwegs in Österreich



Foto: ÖAAB Salzburg

Come2gether in Grödig

Mitte Juni besuchte Bundesobmann August Wöginger die Landesvorstandssitzung des ÖAAB Salzburg im Hotel Untersberg in Grödig. Im Anschluss an die Sitzung gab es noch beim ÖAAB-Come2gether für die ÖAAB-Funktionäre aus den Gemeinden die Gelegenheit zum Austausch mit dem Bundesobmann. Angeregt diskutierten u.a. Landesobmann Karl Zallinger, ÖVP-Klubobfrau Daniela Gutsch, LH-Stv. Christian Stöckl, Nationalratsabgeordnete und neu gewählte ÖAAB-Frauenvorsitzende Gertraud Salzmann und weitere Mitglieder des Landesvorstandes über die aktuellen innenpolitischen Geschehnisse. Im Bild: Bundesobmann August Wöginger bei der hitzigen Diskussion mit den Besucherinnen und Besuchern des ÖAAB-Come2gethers in Grödig.



Foto: ÖÖVP/Grossruck

Rede und Antwort in Vöcklabruck

Die Vorbereitungen auf die Nationalratswahl im Herbst laufen bereits an. In zahlreichen Sitzungen landauf und landab wird in diesen Wochen die Auswahl der Kandidatinnen und Kandidaten für die Wahlkreislisten getroffen. So auch im Bezirk Vöcklabruck. Dort wurde ÖAAB-Bezirksgeschäftsführer Bgm. Christian Mader mit 84 Prozent der Stimmen an die Spitze der Kandidaten aus dem Bezirk Vöcklabruck gereiht. Auch Bundesobmann August Wöginger nutzte die Möglichkeit, bei den zahlreichen Funktionärinnen und Funktionären in Vöcklabruck vorbeizuschauen, und diesen Rede und Antwort zu den aktuellen Geschehnissen zu stehen. Im Bild (v.l.n.r.): Bezirksparteiobfrau Michaela Langer-Weninger, Bundesobmann August Wöginger und der ÖAAB-Kandidat zur Nationalratswahl für den Bezirk Vöcklabruck Christian Mader.



Foto: Philipp Liparski

Würdigung für Alois Mock

Der Veranstaltungsraum im historischen Springer Schloß, dem Sitz der Politischen Akademie, trägt nun den Namen des ehemaligen Außenministers - sie heißt nun Alois Mock Aula. Im Beisein von Edith Mock, der Gattin des vor zwei Jahren verstorbenen Namensgebers, hat der Wiener Weihbischof Helmut Krätzl, ein persönlicher Freund von Alois Mock, die Alois Mock Aula gesegnet. Der Termin für diese Raumbenennung war nicht zufällig gewählt - gleich drei Jubiläen gibt es im Juni 2019 zu feiern: Am 10. Juni wäre Alois Mock 85 Jahre alt geworden. Am 12. Juni vor 25 Jahren hat sich Österreich in einer Volksabstimmung für den EU-Beitritt entschieden. Und am 28. Juni vor 30 Jahren hat Alois Mock gemeinsam mit dem ungarischen Premierminister Gyula Horn den Eisernen Vorhang durchgeschnitten. Im Bild: Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka (li.), Gründer des Alois Mock Instituts für Zukunftsfragen, Edith Mock (Mitte) und Bettina Rausch, die Präsidentin der Politischen Akademie (re.).



Foto: ÖAAB Wien

Sommerfest an der Alten Donau

An die 500 Gäste fanden sich Ende Juni im Bundesbad Alte Donau beim ÖAAB/FCG-Sommerfest ein. Bei heißen Temperaturen genossen die zahlreichen Besucherinnen und Besucher den Sommerabend am Strand. Neben FCG-Vorsitzenden Norbert Schnedl und ÖVP-Landesobmann Gernot Blümel konnten die Veranstalter FCG-Landesvorsitzender Thomas Rasch und ÖVP-Generalsekretär und ÖAAB-Landesobmann Karl Nehammer auch die frischgewählte Europaabgeordnete Karoline Edtstadler begrüßen. Bis in den späten Abend konnten sich die Gäste bei gekühlten Getränken auf die bevorstehende Nationalratswahl einstimmen. Im Bild: Das Team des ÖAAB Wien mit der frisch gewählten Europaabgeordneten (v.l.n.r.): Nicole Braunecker, Doris Neumayer, Sieglinde Wellischowitsch, MEP Karoline Edtstadler, Landesobmann Karl Nehammer und Landesgeschäftsführer Hannes Taborsky.



Foto: ÖAAB

Die Vorbereitungen laufen

Bei der gemeinsamen Klausur des ÖAAB-Vorstands und der ARGE ÖAAB im Parlament wurde unter der Leitung von Bundesobmann August Wöginger und Generalsekretär Christoph Zarits das Themensetting für die bevorstehende Nationalratswahl im Herbst diskutiert. Zahlreiche Vorschläge wurden von den geladenen Spitzenfunktionärinnen und -funktionären eingebracht, die sich im Wahlprogramm wiederfinden sollen. ÖVP-Generalsekretär und Wiener Landesobmann Karl Nehammer gab einen kurzen Ausblick auf die Vorbereitungen für die Wahlen und stimmte die Gäste auf den Wahlkampf ein.



Foto: ÖAAB

Zu Gast beim Fraktionstag der FCG-Postgewerkschafter

Anfang Juni wurde Generalsekretär Christoph Zarits eine besondere Ehre zuteil: In Vertretung für den ehemaligen Bundeskanzler Sebastian Kurz – der leider terminlich verhindert war – konnte er die feierliche Eröffnung des 19. Bundesfraktionstags der FCG-Postgewerkschafter übernehmen. In seiner Ansprache dankte er den anwesenden Mitgliedern für ihre jahrelange Verbundenheit mit der FCG und dem ÖAAB und gab einen Ausblick auf den heißen politischen Wahlherbst. Die musikalische Untermauerung übernahm die Postmusik Kärnten, der Bundesvorsitzende der FCG-Post Manfred Wiedner konnte im Laufe der Veranstaltung zahlreiche Ehrungen vornehmen. Im Bild: Generalsekretär Christoph Zarits bei der Übermittlung der Grußworte von Sebastian Kurz.

WIR für Kurz

**Jetzt Farbe
bekennen!**

„Zusammen. Neue Wege gehen.“

Mit diesen Worten sind wir vor 2 Jahren zu einer Reise aufgebrochen. Seitdem haben wir viel erreicht. Vor allem haben wir aber gezeigt, dass Veränderung in unserem Land möglich ist.

Unser Weg – der Weg für Österreich – hat aber erst begonnen.

Und viele Menschen wollen einen Beitrag leisten. Sie wollen etwas für Sebastian Kurz tun und dafür, dass er wieder Kanzler wird.

Deshalb wurde aus dem „Team Kurz“ nun **„Wir für Kurz“**. Eine Initiative, bei der es jetzt vor allem um eines geht: Farbe bekennen! Für den türkisen Kurs und für Sebastian Kurz.

Mach jetzt mit unter: www.wir-fuer-kurz.at



Denner, Herold & Bergmann

LEBE DAS LEBEN

Mit unserer Pensionsvorsorge

IHRE SORGEN MÖCHTEN WIR HABEN